

# «Wir müssen das Abschieben in die IV verhindern...»

Kurzfristige staatliche Interventionen bringen keinen Wirtschaftsaufschwung. Angesagt ist hingegen ein Halt bei den Staatsausgaben. So weit einige Kernaussagen von Peter Hasler, Direktor des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes. Gleichzeitig bezeichnet er die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) als Erfolgsgeschichte und bringt konkrete Vorschläge für die Reintegration von psychisch angeschlagenen Menschen in den Arbeitsmarkt.

Interview: Viktor Moser

**PANORAMA:** Seit Jahren wiederholen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände fast gebetsmühlenartig ihre Rezepte zur Überwindung der Rezession. Die einen verlangen Arbeitsbeschaffungsmassnahmen und Impulsprogramme, die anderen sehen das Heil in Steuersenkungen, Deregulierung und Abbau der Bürokratie. Gibt es tatsächlich keine anderen Vorschläge, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln?

Hasler: Für eine kurzfristig wirksame Wirtschaftspolitik fehlen ganz einfach die Instrumente. Die Volkswirtschaft lässt sich mit einem schwerfälligen Tanker vergleichen. Wir müssen also zu einem sehr frühen Zeitpunkt steuern, wenn wir die Richtung ändern wollen. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden durch Gesetze bestimmt, deren Änderung mindestens zwei bis drei Jahre erfordert. Betrachten wir das globale Umfeld, so greifen Normmassnahmen erst recht zu kurz.

Die Interventionsmöglichkeiten werden nach wie vor massiv überschätzt. Gezielte Aufträge geben allenfalls einen Impuls für einzelne Betriebe. Nehmen wir das Beispiel «Saurer». Dank einem Auftrag für 1000 Lastwagen konnte vor Jahren die Produktion zwei Jahre lang weitergeführt werden, bevor dann doch das definitive Aus kam: Ein Lehrbeispiel dafür, dass hektische Eingriffe an den Rahmenbedingungen nichts ändern.

**Ihre Absage an schnell wirksame Massnahmen schliesst implizit mit ein, dass mittelfristig griffige Reformen durchaus möglich sind. Wie sehen diese konkret aus?**

Die Palette der Möglichkeiten ist breit. So lässt sich empirisch feststellen, dass



Peter Hasler: «Die Einführung der RAV ist eine Erfolgsgeschichte.»

Steuersenkungen die Wirtschaft ankurbeln, oder dass ein liberaler Arbeitsmarkt Neueinstellungen fördert. Weiter dürfte es unbestritten sein, dass ein übersteigter Administrativaufwand die Rentabilität reduziert. Wenn heute unsere kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) monatlich zwanzig bis sechzig Stunden für Statistik, Sozialwesen und andere staatliche Auflagen einsetzen müssen, können sie eben nicht gleichzeitig Geld verdienen. Ein wichtiges Aktionsfeld ist schliesslich der Kapitalmarkt, welcher durch günstige Zinsen Investitionen fördert. Veränderungen auf diesen Handlungsebenen zeitigen indessen nicht gleich in ein paar Monaten sichtbare Ergebnisse.

**Folglich nehmen alle Parteien von links bis rechts den Mund gehörig voll, wenn sie mit dem Versprechen «Wir schaffen Arbeitsplätze!» antreten...**

So überspitzt lässt sich dies nicht ausdrücken. Mit fördernden Rahmenbedingungen werden durchaus Arbeitsplätze geschaffen. Den Beweis dafür hat die Schweiz durch eine kluge Wirtschaftspolitik in den dreissig bis vierzig Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg eindeutig erbracht. Seither erleben wir jedoch einen schleichenden Einstieg in die Mittelmässigkeit, welcher sich drastisch auswirkt.

**Was verstehen Sie unter «Mittelmässigkeit»? Spielen Sie auf die Tatsache an, dass**

die Schweiz in den Neunzigerjahren von allen OECD-Staaten die kleinste Wachstumsrate aufwies?

Das ist ein unüberhörbares Alarmzeichen. Wenn eine Wirtschaft nicht mehr wächst, kann sie auch keine neuen Aufgaben mehr anpacken.

Was steckt aber hinter dieser Stagnation? Sicherlich die Tatsache, dass unsere Staats- und Steuerquote während der letzten Jahre im OECD-Durchschnitt fast am stärksten zugenommen hat. Wir sind nunmehr im oberen Drittel angelangt. Betrachten wir alle Abgaben (Steuern, Sozialversicherungen), so werden heute fünfzig Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) staatlich umverteilt. Zum Vergleich: Während zwischen 1990 und 2000 die Staatsquote in der Schweiz um 4,7 Prozent angestiegen ist, verzeich-

net Irland für denselben Zeitraum einen Rückgang von 10,6 Prozent. Konsequenz: In Irland werden kontinuierlich neue Arbeitsplätze geschaffen. Wohlverstanden, ich plädiere keineswegs für den «Nachwächterstaat» mit minimalem Arbeitnehmerschutz und schwacher sozialer Sicherheit. Angezeigt ist aber ein Halt beim Ausbau der Sozialversicherungen, damit wir nicht auch noch unsere restlichen Vorteile verspielen. 1990 betrug die Staatsverschuldung (inkl. Sozialversicherungen) 30,9 Prozent des BIP, im Jahre 2000 bereits 51,3 Prozent oder 100 Mrd. Franken ... und sie kletterte weiter auf heute 120 Mrd. Franken. Diese Zahlen sprechen für sich.

Sind die Rahmenbedingungen für die schweizerische Wirtschaft wirklich so schlecht? Wir haben einen vergleichsweise sehr liberalen Kündigungsschutz, lange Arbeitszeiten und eine hohe Arbeitsmarktpartizipation (Frauenerwerbsquote, faktisches Rentenalter).

Ja, das stimmt. Mit diesen Vorteilen kompensieren wir einstweilen unsere Nachteile wie Rohstoffarmut oder lange Transportwege. Es wäre deshalb ein Kapitalfehler, beispielsweise den Kündigungsschutz auch noch auf das europäische Mittelmaß anzugleichen.

Kommt hinzu, dass wir als Nichtmitglied der EU international isoliert sind, obschon wir in einer Art autonomem Nachvollzug unsere Gesetze, Produkte und Dienstleistungen dauernd auf EU-Kompatibilität überprüfen müssen.

**Betrachten wir die Arbeitsmarktpolitik unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsmarktbehörden. Wie sind Sie mit dem Vollzug des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG) zufrieden?**  
Zu Beginn der Neunzigerjahre fehlten bei der Arbeitslosenversicherung (ALV) klare Strukturen noch weitgehend. Mit der Einführung der RAV und den arbeitsmarktlichen Massnahmen haben wir dieses Defizit mehr als wettgemacht. Nach einer Einführungszeit von ein bis zwei Jahren funktionieren heute die

**Die Anforderungen an die menschliche Arbeitskraft steigen, viele bleiben auf der Strecke. Besteht da nicht ein sozialpolitischer Zündstoff?**

Die Halbwertszeit von Wissen sinkt nunmehr derart schnell, dass ständige Weiterbildung zu einem Muss wird. Blosses Abwarten kann sich verheerend auswirken. Wer über keine Grundausbildung verfügt oder die psychischen und sozialen Voraussetzungen nicht mitbringt, läuft Gefahr, im sozialen Netz hängen zu bleiben.

**« Wer über keine Grundausbildung verfügt, läuft Gefahr, im sozialen Netz hängen zu bleiben. »**

Es ist äusserst wichtig, dass die Arbeitnehmenden flexibel bleiben und ihren Arbeitsmarktwert durch Bildung kontinuierlich aufbauen. Die Gleichung ist relativ einfach: Mehr Bildung = mehr geistige Mobilität = höhere Anpassungsfähigkeit = niedrigeres Risiko.

**Was bedeutet «... im sozialen Netz hängen bleiben»? Sprechen Sie damit die zunehmende Invalidisierung von Menschen an, die auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr bestehen können?**

Immer mehr Menschen, vorwiegend mit psychischen Problemen, landen bei der Invalidenversicherung (IV), obschon sie eigentlich gar nicht dahin gehörten. Sie werden zu rasch in ein Definitivum abgeschoben. Für diese Personen drängt sich ein «Prüf- und Integrationsjahr» auf, in welchem sie medizinisch, persönlich und beruflich intensiv betreut werden. Das Ziel heisst unmissverständlich: Reintegration. In dieser Phase erhalten die Betroffenen eine provisorische Entschädigung in Höhe der mutmasslichen IV-Rente. Gleichzeitig werden sie – analog

**« Viele psychisch angeschlagene Menschen gehören nicht in die IV: Sie müssen in den Arbeitsmarkt reintegriert werden. »**

Zusammengefasst dürfen wir feststellen: Unsere ALV bewegt sich im internationalen Vergleich auf einem guten Niveau.

**Ungeachtet der erfolgreichen Arbeitsmarktpolitik laufen immer mehr Menschen Gefahr, aus der Arbeitswelt ausgegrenzt zu werden.**

der AMM – durch gezielte Qualifizierung für den Arbeitsmarkt wieder fit gemacht. Es versteht sich von selbst, dass dieser Prozess nach einer interinstitutionellen Zusammenarbeit zwischen Arbeitsmarktbehörden, IV und Sozialämtern ruft.

Denkbar ist auch der Beizug von Fachleuten aus der Psychologie oder Psychiatrie. Lieber während eines Jahres verhältnismässig viel Geld investieren als einen 35-jährigen Menschen zeitlebens zu berenten! Wohlverstanden, es handelt sich bei der

«*Die IV muss bei der Arbeitsvermittlung eine aktive Rolle wahrnehmen.*»

erwähnten Personengruppe nicht um Scheininvaliden (wie dies Herr Blocher suggeriert), sondern um Frauen und Männer, deren Rückkehr in die Arbeitswelt mit allen Mitteln zu fördern ist.

Bei der SUVA läuft übrigens unter dem Namen «New Case Management» zurzeit ein ähnliches Integrationsprojekt. Vor dem Hintergrund, dass zwei Prozent der Verunfallten achtzig Prozent der Unfallkosten verursachen, lassen sich mit erfolgreicher Wiedereingliederung enorme Einsparungen erzielen. Die Ergebnisse des SUVA-Pilotprojektes dürften denn auch für die IV von grossem Interesse sein.

**Wollen Sie mit Ihrem Vorschlag den Grundsatz «Eingliederung vor Rente» konkretisieren?**

Genau darum geht es. Die Reintegration muss jedoch im Laufe des ersten Jahres der Arbeitslosigkeit erfolgen. Nach über drei Jahren ist sie beinahe hoffnungslos.

«*Die hartnäckig herbeigeredete Lehrstellenkrise ist nicht eingetreten.*»

Erforderlich sind konzentrierte und begleitete Vermittlungen, wie sie die RAV schon heute innerhalb eines Netzwerkes von ihnen bekannten Firmen durchführen. Die IV hat gegenüber den Arbeitgebern eine Bringschuld; das heisst: Sie muss proaktiv vorgehen.

**Sind denn die Arbeitgeber auch bereit, handycaperte Menschen zu beschäftigen? Was ältere Arbeitnehmende anbetrifft, stellen wir jedenfalls seit Jahren eine Kluft zwischen Worten und Taten fest.**

Neben dem Trend zu einem gewissen Jugendlichkeitskult hat die Benachteiligung von älteren Arbeitnehmenden verschiedene Ursachen.

Im Zuge von massivem Personalabbau boren sich vorzeitige Pensionierungen mit Abgangschädigungen als die am

wenigsten schmerzvolle Lösung an ... solange die Pensionskassen über genügend Reserven verfügten. Viele Betriebe waren geradezu stolz auf ihre grosszügigen Sozialpläne. Nicht wenige Beschäftigte reagierten ihrerseits auf die Anreize und be-

warben sich für Frühpensionierungen.

Im gesellschaftlichen Wertmassstab galt Arbeit ausserdem lange Zeit als Last und Mühe – eine Sichtweise, die durch die permanente gewerkschaftliche Forderung nach Reduktion der Arbeitszeit noch verstärkt wurde. Folglich wurde der vorzeitige Abgang aus dem Arbeitsprozess gleichsam als etwas Erstrebenswertes, Erlösendes empfunden. Das muss geändert werden.

**Wir haben von der Reintegration in den Arbeitsmarkt gesprochen. Wie beurteilen Sie heute die Integration, den Einstieg? Zahlreiche Jugendliche finden nach Lehrabschluss keine Stelle. Verschwindet da nicht allmählich ein wesentlicher Vorteil unseres praxisnahen Berufsbildungssystems?**

Halten wir zunächst fest, dass die hartnäckig herbeigeredete Lehrstellenkrise nicht eingetreten ist, auch wenn viele Jugendliche nicht ihre Wunschstelle gefunden haben.

Die teilweise prekären Beschäftigungsaussichten nach Lehrabschluss sind ein konjunkturelles Phänomen. Ähnlich wie für ältere, ausländische oder schwächer qualifizierte Arbeitnehmende sind eben auch für Lehrabgänger die Zugänge zum Arbeitsmarkt vorübergehend enger geworden. Es macht durchaus Sinn, die Lücken durch einen Auslandsaufenthalt oder ein Zwischenjahr zu überbrücken.

Generell gilt: Je mehr bei den Arbeitsplätzen das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage aus den Fugen gerät, desto schwieriger wird die Stellensuche. Das beste Mittel für die Integration resp. Reintegration in den Arbeitsmarkt ist und bleibt deshalb eine gut laufende Wirtschaft.

Dr. Peter Hasler ist Direktor des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes, Hegibachstrasse 47, 8032 Zürich, hasler@arbeitgeber.ch

## «Il faut empêcher le report sur l'AI»

Dans un entretien accordé à PANORAMA, Peter Hasler, directeur de l'Union patronale suisse, s'en tient au fait que des interventions à court terme n'ont aucun effet sur une relance de l'économie. Il faut bien davantage améliorer les conditions cadres. A ce propos, il évoque les baisses d'impôts, des taux d'intérêts bas et une simplification des exigences de nature administrative pour les entreprises particulières. Par ailleurs, un marché du travail plus libéral (sans une protection trop restrictive contre les licenciements) favoriserait la création de places de travail. Hasler estime qu'en comparaison internationale les avantages de la Suisse diminuent de plus en plus. Au cours des dernières années, la part de l'Etat et le taux d'imposition ont connu dans notre pays une des croissances les plus élevées au sein de l'OCDE. Un arrêt dans les dépenses sociales serait par conséquent une des exigences actuelles. L'isolement de la Suisse au plan international serait aussi dommageable.

A l'inverse, le patron des patrons accorde un bon bulletin à la politique du marché du travail. La mise en place des offices régionaux de placement (ORP) a été largement bénéfique. Il voit en revanche certains besoins d'amélioration en matière de mesures du marché du travail.

Hasler considère que l'augmentation de cas d'invalidité psychique constitue un problème central de la politique au niveau de la société. Pour ce groupe de personnes, il propose une «année de test et d'intégration» à la place d'une rente AI définitive. Durant cette période, tous les moyens doivent être mis en œuvre en vue d'une réintégration sur le marché du travail.

Les difficultés rencontrées par les jeunes terminant leur apprentissage lors de la recherche d'un emploi constitueraient en revanche un phénomène conjoncturel, qui disparaîtrait en cas de reprise économique.

VM/RA